

Deutschland- Monitor '23

Gesellschaftliche
und politische
Einstellungen mit
dem Themen-
schwerpunkt:
Stadt und Land

Januar
2024

Kurzinformation über wesentliche
Untersuchungsergebnisse

Deutschland-Monitor 2023 – Fragestellung, Konzeption, Zielsetzungen

Der Deutschland-Monitor geht zurück auf eine Empfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« in ihrem 2020 vorgelegten Abschlussbericht. Gegenstand des Projekts ist eine jährlich wiederholte, regional differenzierte und konsekutiv im zeitlichen Längsschnitt vergleichend angelegte Untersuchung, mit der die Beständigkeit und die Veränderungen von politischen und gesellschaftlichen Stimmungslagen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Ost- und Westdeutschland empirisch erhoben und wissenschaftlich analysiert werden.

Ausgangspunkt und analytischer roter Faden des Deutschland-Monitors ist die folgende Frage: Inwiefern beeinflussen regionale Lebensumfelder (»Kontexte«) die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen dort lebender Menschen? Dieser erkenntnisleitenden Frage trägt die spezielle Anlage der Umfrage Rechnung: Einesteils ist sie bundesweit repräsentativ. Anderenteils beinhaltet sie eine spezielle regionalisierte Erhebung, bei deren Fallauswahl ausgewählte strukturelle Eigenheiten des Bundesgebietes auf Kreisebene aufgenommen werden. (Siehe Kapitel 1 des Hauptberichts)

Diese Vorgehensweise macht es möglich, bei der Auswertung der erhobenen Daten regionale Umfeld-Effekte (»Kontexte«) systematisch zu überprüfen. Ein zentrales Ergebnis der in diesem Jahr erstmals durchgeführten regionalisierten Vertiefungsbefragung lautet, dass die Lebensbedingungen in prosperierenden Kreisen besser bewertet werden als in strukturschwachen Regionen. Ferner zeigt sich: Wohnorte mit gut bewerteten Lebensbedingungen in prosperierenden Regionen liegen nicht ausschließlich in Westdeutschland. Von 4 prosperierenden Kreisen, die für die Vertiefungsbefragung ausgewählt wurden, liegen 2 ostdeutsche Kreise vorn, wenn es um die Bewertung der Lebensbedingungen vor Ort geht. Umgekehrt gibt es nicht nur in Ostdeutschland gering prosperierende Kreise mit negativer Bewertung der Wohnorte. In der Vertiefungsbefragung wurden 2 westdeutsche Kreise am schlechtesten benotet. Die Trennlinien der individuellen Bewertungen des Wohnstandorts verlaufen also quer zur Ost-West-Dichotomie. (Siehe Kapitel 3.7 des Hauptberichts)

Der Deutschland-Monitor soll künftig jährlich fortgeschrieben werden. Seine Befunde dienen der Politikberatung sowie der politischen Aufklärung. Sie sollen Denkanstöße liefern und dazu beitragen, die Debatte über die Zukunft unserer Demokratie und unseres Zusammenlebens zu versachlichen.

Basisdaten der Bevölkerungsbefragung

Die Befragung basiert auf 3 Teilerhebungen:

1. Haupterhebung:

Fallzahl n = 4.003, repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung des Bundesgebiets ab 16 Jahren – Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI) – Erhebungszeitraum: 26. Mai bis 27. Juni 2023.

2. Regionale Vertiefungserhebung:

Fallzahl n = 4.021, aufgeteilt auf insgesamt 8 Kreise (Landkreise/kreisfreie Städte) gemäß einer Zufallsauswahl je 2 Kreise mit geringer und hoher Prosperität in Ost- und Westdeutschland (n = jeweils ≈ 500) – Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI) – Erhebungszeitraum: 3. bis 28. Juli 2023. Zur Messung der Prosperität der Kreise wurden die sogenannte ILTIS-Indikatoren entwickelt, deren räumliche Verteilung die Abbildung 1 zeigt. (Siehe Kapitel 2 des Hauptberichts)

Durchführendes Institut der Bevölkerungsumfragen:

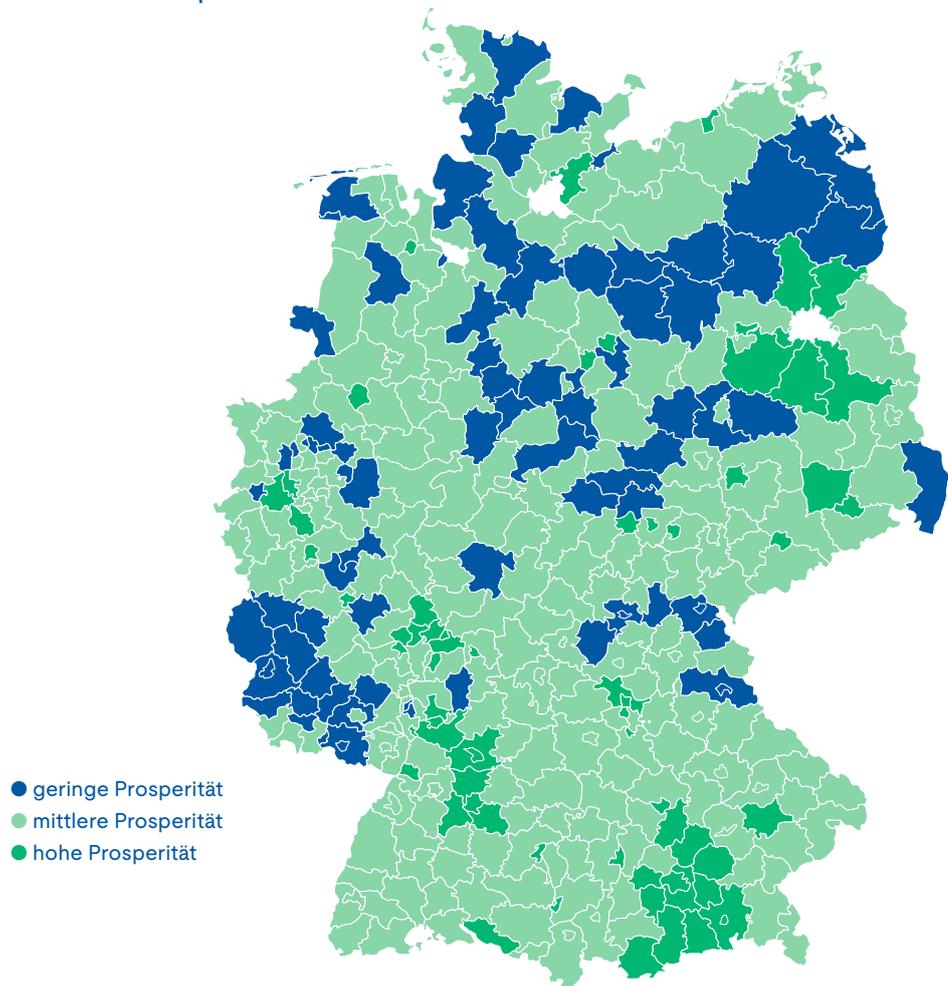
forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH.

3. Qualitative Vertiefung in Fokusgruppen:

Fokusgruppen-Diskussionen in 4 Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung mit insgesamt 33 Personen (Oktober 2023). Durchführung, Analyse und Ergebnisbericht: Info GmbH Institut für Markt- und Meinungsforschung Berlin.

Abb. 1:

Kreise nach Prosperität



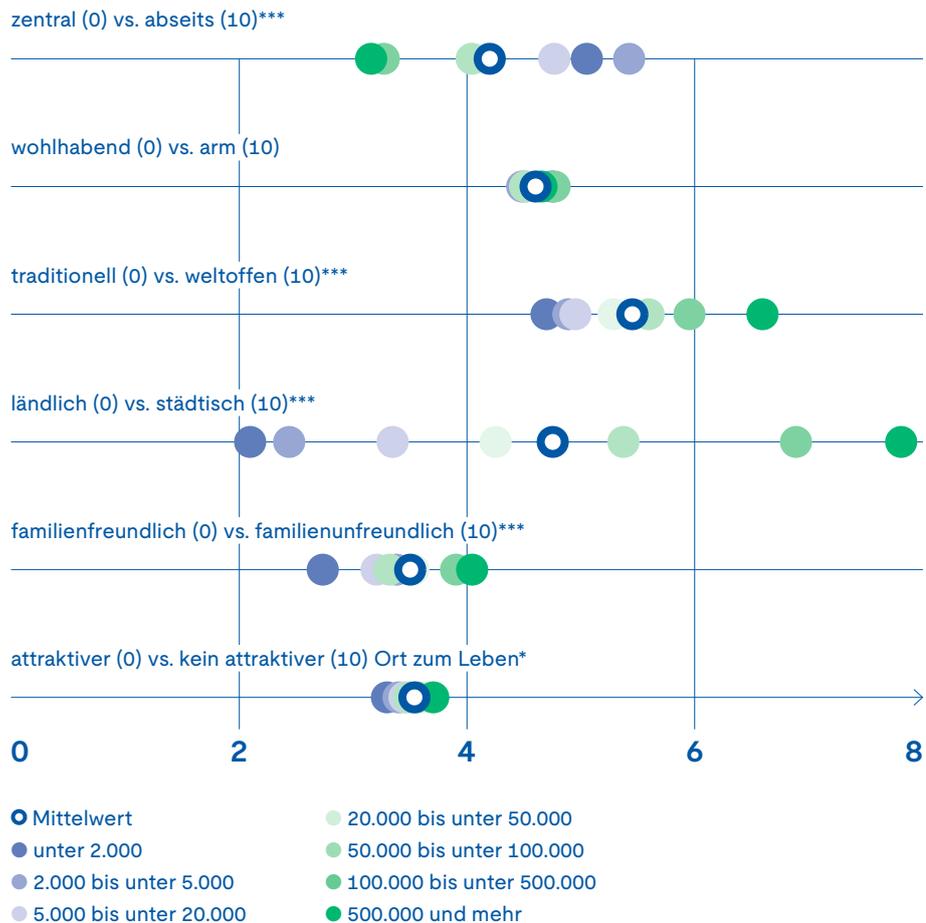
Gesellschaftliche und politische Einstellungen mit dem Themenschwerpunkt: Stadt und Land

Der eigene Wohnort wird in Stadt und Land attraktiv bewertet

Ihren Wohnort schätzen die Befragten deutschlandweit mehrheitlich (65 Prozent) als »attraktiv« ein. Nur eine kleine Minderheit von weniger als 2 Prozent spricht ihrer Wohngemeinde jegliche Anziehungskraft ab.

Die positive Bewertung wird unabhängig von Ortsgröße und ländlichem oder städtischem Charakter des Raumes, von der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur des Umfelds sowie der Lage in Ost- oder Westdeutschland vorgenommen (Abbildung 2). Erwartungsgemäß werden urbane Lebenswelten eher als zentral und weltoffen erlebt, ländliche Ortslagen hingegen eher als abgelegen und traditionell. Allerdings ist jede(r) fünfte Befragte unzufrieden mit dem Angebot und der Erreichbarkeit der Daseinsvorsorge vor Ort. (Siehe Kapitel 3.4 des Hauptberichts)

Abb. 2
Charakterisierung des Wohnorts anhand von Gegensatzpaaren nach Ortsgrößenklassen (Mittelwerte)



Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Als »sehr große« oder »eher große« Herausforderungen vor Ort betrachtet eine deutliche Mehrheit aller Befragten die Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums (60 Prozent) und den Fachkräftemangel (58 Prozent). Unterschiedlich bewerten Stadt- und Landbewohner die vorhandenen Angebote der lokalen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Stadtbewohner empfinden den Mangel an bezahlbarem Wohnraum häufiger als größte Herausforderung, sind jedoch deutlich zufriedener mit den Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs, den Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs und mit den Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Ländliche Gegenden werden wiederum häufiger als familienfreundlich bewertet und erhalten von dort Lebenden für Kinderbetreuung und Pflegedienste eine bessere Benotung.

Diese Daten widersprechen nicht dem Befund, dass eine klare Mehrheit der Befragten ihren Wohnort als attraktiv einschätzt. Denn häufig gleichen sich die Vorteile und Nachteile der Standorte nach individuellen Vorlieben aus. Deutlich wird in der Befragung indes auch ein Anzeichen sozialer Spaltung: Wer sich selbst oder seine Region als benachteiligt ansieht, bewertet auch die Standortqualität des Wohnorts schlechter, das heißt dessen Entwicklungsperspektiven und ökonomische Situation.

»Abgehängtsein« ist kein exklusives Merkmal ländlicher Regionen

Wer seine nähere Umgebung und sich selbst als benachteiligt ansieht, fühlt sich häufiger »abgehängt«. Damit ist gemeint: Diese Menschen haben den Eindruck, dass sich die Politik für ihre Region nicht ausreichend interessiert und sich zu wenig für deren wirtschaftliche Entwicklung einsetzt.

In stärker prosperierenden Kreisregionen fühlt sich die Wohnbevölkerung seltener »abgehängt« als in Kreisen mit einer schwächeren Prosperität (Abbildung 3). Ostdeutsche fühlen sich deutlich häufiger (19 Prozent) »abgehängt« als Westdeutsche (8 Prozent). Das »Gefühl des Abgehängtseins« ist also kein Alleinstellungsmerkmal Ostdeutschlands. Jedoch ist dieses Gefühl im östlichen Teil des Landes deshalb verbreiteter, weil dort anteilig mehr Regionen existieren, die von Abwanderung und Überalterung stark betroffen sind.

Entgegen einem geläufigen Klischee existieren »Gefühle des Abgehängtseins« nicht ausschließlich in ländlichen Regionen. Dort allerdings erweisen sich die Wahrnehmung von Abwanderungsbewegungen und individuelle Abstiegsängste als starke Triebkräfte für das »Gefühl des Abgehängtseins«.

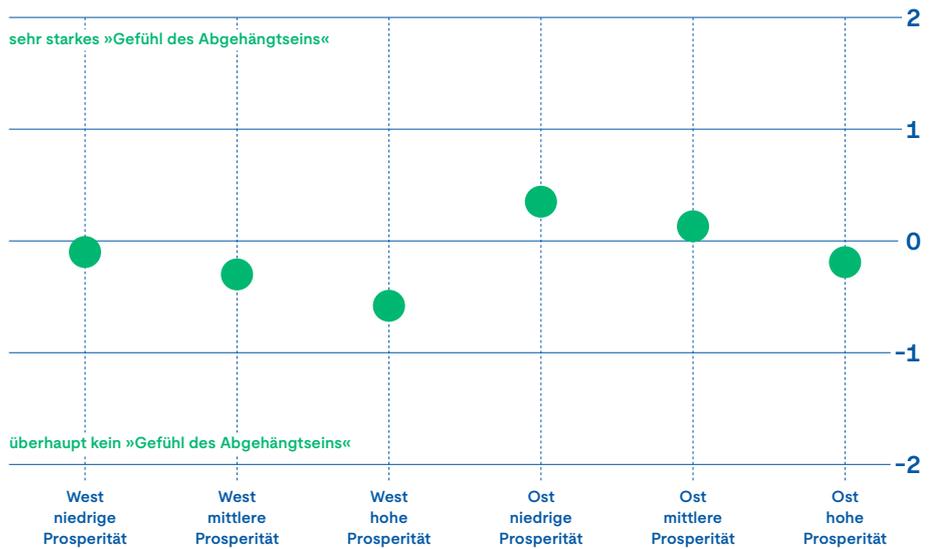
(Siehe Kapitel 3.6 des Hauptberichts)

Das Empfinden, der eigene Lebensraum werde benachteiligt, hat Auswirkungen auf das politische Bewusstsein. Wer sich »abgehängt« fühlt, neigt etwa eher zu populistischen Einstellungen. Und wer ein starkes »Abgehängtsein« empfindet, ist tendenziell auch mit dem Funktionieren der Demokratie sehr unzufrieden.

(Siehe Kapitel 3.6 des Hauptberichts)

Abb. 3

Das »Gefühl des Abgehängtseins« nach Landesteil und Prosperität (Mittelwerte)



Wie die Menschen das nähere Lebensumfeld bewerten, wirkt sich auf ihre gesellschaftlichen und politischen Einstellungen aus

Die aktuelle Polykrise (Corona-Pandemie, Klimawandel, Kriege, Inflation etc.) wirkt sich auch auf politische Einstellungen aus. Exemplarisch dafür steht die gegenwärtig niedrige Demokratiezufriedenheit, die auch die Daten des Deutschland-Monitors '23 dokumentieren. (Siehe Kapitel 4.4 des Hauptberichts)

Zugleich bestätigt der Deutschland-Monitor '23, dass das nähere Lebensumfeld (etwa die dort vorhandenen oder fehlenden Angebote der Daseinsvorsorge) die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen ebenfalls wesentlich prägt. Ein zentraler sozialräumlicher Bewertungsmaßstab dafür ist der Wohnort. Die mit dem »Sozialitätsindex« im Deutschland-Monitor ermittelten Daten zeigen: Je nachdem, ob die Lebensqualität und der soziale Zusammenhalt, der Bürgersinn sowie die Wirtschaftskraft des Wohnstandorts positiv oder negativ wahrgenommen werden, unterscheiden sich die individuellen Einstellungen zu Politik und Gesellschaft zum Teil erheblich.

Beispielhaft für solche einstellungsprägenden Kontexteffekte, die im Hintergrund der Polykrise fortwirken und mithilfe des Sozialitätsindex erkennbar sind, seien hier folgende Zusammenhänge genannt. (Siehe Kapitel 3.7 des Hauptberichts)

Wird die Standortgüte des Wohnorts, d. h. dessen Wirtschaftskraft und Entwicklungspotential positiv bewertet, sind auch die Identifikation mit der Idee der Demokratie, die Zufriedenheit mit der Praxis demokratischer Politik und das Vertrauen in die staatlichen bzw. kommunalen Institutionen stärker ausgeprägt.

Wer glaubt, persönlich »den gerechten Anteil« zu erhalten, sieht auch Standortgüte, Lebensqualität und (in abgeschwächter Form) den sozialen Zusammenhalt vor Ort in vorteilhafterem Licht.

Der soziale Zusammenhalt vor Ort wird von den Menschen überwiegend als eine feste Größe ihres Lebensalltags wahrgenommen, weitgehend unabhängig von der Nähe zu einer politischen Partei und der Selbsteinstufung als politisch rechts oder links. Die Allgemeinerfahrung eines engen und vertrauensvollen örtlichen Miteinanders lässt auf ein verbreitetes Vorhandensein stabiler örtlicher sozialer Netze schließen.

Angesichts dieser Befunde böte es sich für die Politik beispielsweise an, Maßnahmen regionaler Strukturpolitik intensiver als das bereits geschieht in strukturschwache, wenig prosperierende Regionen zu lenken, um dort die Standortgüte am Wohnort und in dessen näherer Umgebung gezielt zu verbessern.

Die Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat sind traditionell hoch und noch weiter gestiegen

Hinsichtlich der zentralen Rolle des Sozialstaats für die persönliche Wohlfahrt besteht seit der Wiedervereinigung ein breiter gesamtdeutscher Konsens. Gegenwärtig äußern 66 Prozent der Westdeutschen und 78 Prozent der Ostdeutschen die Erwartung, dass der Staat dafür verantwortlich sei, allgemeine Lebensrisiken aufzufangen bzw. abzufedern. Nahezu einmütig sehen die Bürgerinnen und Bürger in beiden Landesteilen den Staat in der Pflicht, leistungsfähige Systeme sozialer Sicherung und preiswerten Wohnraum zu gewährleisten. (Siehe Kapitel 4.8 des Hauptberichts)

Ein Vergleich der diesjährigen Monitor-Daten mit einer früheren Studie zeigt, dass innerhalb des vergangenen Jahrzehnts in Ost- wie Westdeutschland der Ruf nach staatlicher Regulierung für fast alle abgefragten wirtschaftlichen Herausforderungen und sozialen Risiken lauter geworden ist. Das betrifft die Versorgung im Krankheitsfall, im Alter und bei Arbeitslosigkeit, die Förderung wirtschaftlichen Wachstums und den Abbau von Einkommensunterschieden, ferner Lohn- und Preiskontrollen sowie eine Arbeitsplatzgarantie »für jeden, der arbeiten will«. Bei der Nachfrage dieser Staatshilfen bestehen zwar weiterhin Ost-West-Unterschiede, diese Differenzen haben sich jedoch abgeschwächt.

Abb. 4

Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen in Ost- und Westdeutschland im Zeitvergleich 2014 und 2023 (Angaben in Prozent)



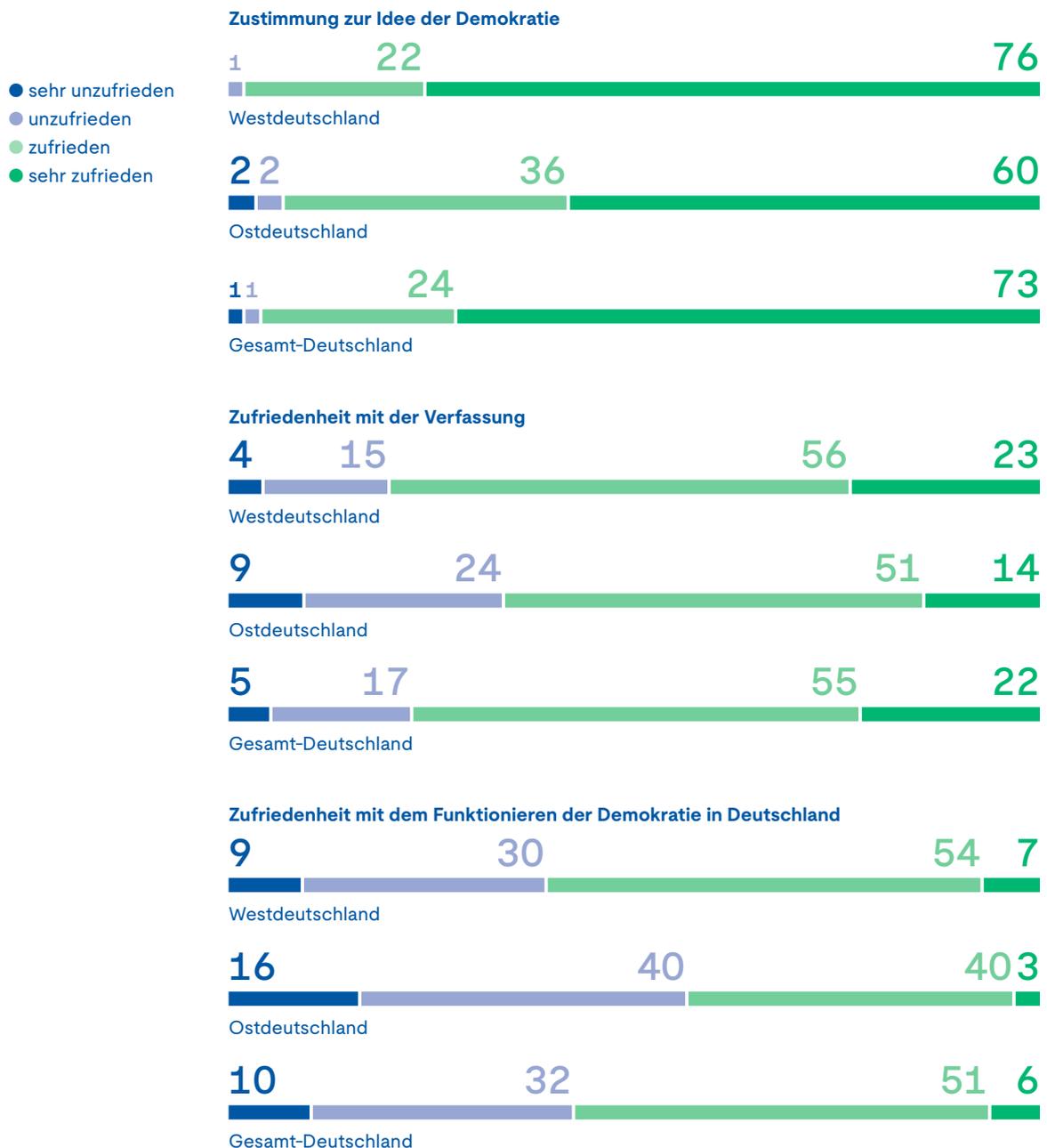
Quelle: Deutschland 25 (2014) und Deutschland-Monitor '23 (2023)

Ein gemischtes Bild: Einstellungen zu Demokratie

Die Politikwissenschaft unterscheidet drei Arten der Einstellung zur Demokratie: erstens das Einverständnis mit der Idee der Demokratie, zweitens die Anerkennung demokratischer Verfassungsprinzipien sowie drittens die Zufriedenheit damit, wie die Demokratie »alles in allem funktioniert«. Insgesamt ergibt sich im Spiegel der Daten des Deutschland-Monitors 2023 ein gemischtes Bild für die Akzeptanz der Demokratie. (Siehe Kapitel 4.4 des Hauptberichts)

Die grundsätzliche Unterstützung der Idee der Demokratie liegt mit deutschlandweit 97 Prozent nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Hierbei ist der Ost-West-Unterschied sehr gering. Nur eine kleine Minderheit von 2 Prozent bekundet grundsätzliche Ablehnung (Abbildung 5).

Abb. 5
Einstellungen zur Demokratie (Angaben in Prozent)



Mit der Verfassung sind drei Viertel der Deutschen zufrieden oder sehr zufrieden. Etwa ein Fünftel der Befragten (22 Prozent) ist gegenwärtig unzufrieden mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes. Darunter sind mehr Ostdeutsche (33 Prozent) als Westdeutsche (19 Prozent).

Zugleich ist ein großer Anteil der Bevölkerung unzufrieden mit der Praxis der Demokratie. Hierbei unterscheiden sich die Antworten in Ost und West: Während Westdeutsche mit dem Funktionieren der Demokratie mehrheitlich sehr oder eher zufrieden sind (61 Prozent), bekunden Ostdeutsche überwiegend Unzufriedenheit (56 Prozent).

Vermisste Rückkopplung der Politik an die Bevölkerung

In der repräsentativen Demokratie müssen die politischen Akteure ihr Handeln der Bevölkerung erklären und für deren Anliegen aufgeschlossen sein. Derzeit vermissen die meisten Bürgerinnen und Bürger eine derartige Rückkopplung (»Responsivität«) der Politik. Nur 14 Prozent stimmen »voll und ganz« oder »eher« der Aussage zu, dass die Politikerinnen und Politiker sich »um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen« (Abbildung 6). (Siehe Kapitel 4.2 des Hauptberichts)

Die Befragung des Deutschland-Monitors zeigt zudem: Wer eine höhere Bildung oder ein höheres Einkommen hat oder in einer politischen Partei mitarbeitet, hat tendenziell eine bessere Meinung von der Responsivität der Politik. Auch subjektive Abwägungen der eigenen sozialen Lage leiten die Einschätzung der Responsivität. Wer um seine eigene soziale Stellung fürchtet und nach eigener Auffassung nicht bekommt, was ihm »gerechterweise zusteht«, nimmt die Politik als weniger responsiv wahr.

Abb. 6
Wahrgenommene Responsivität der Politikerinnen und Politiker (Angaben in Prozent)



- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils/teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Fragewortlaut: »Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.«

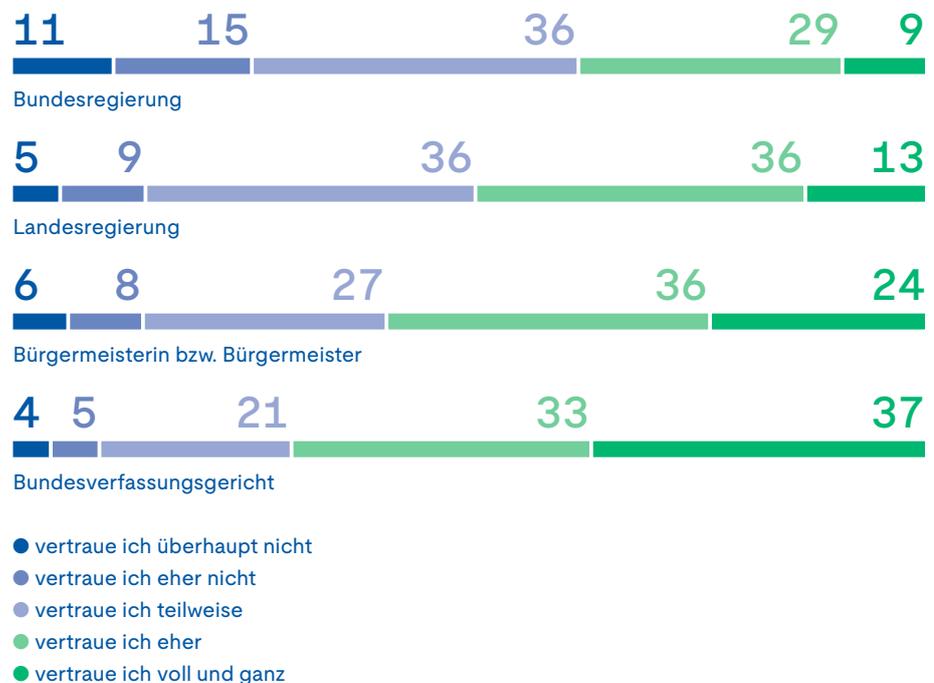
Vertrauenswürdigkeit staatlicher Institutionen: Kein klarer Vertrauensbeweis für die Regierungen in Bund und Ländern

Weniger als die Hälfte der Befragten vertraut gegenwärtig der Bundesregierung (38 Prozent) sowie der jeweiligen Landesregierung (49 Prozent) »eher« bzw. »voll und ganz« (Abbildung 7). Das Vertrauen steigt mit abnehmender politisch-administrativer Ebene. Wie in der Forschung wiederholt nachgewiesen, ist das Vertrauen in regulative bzw. rechtsstaatliche Institutionen, die nicht als parteienstaatliche Organe wahrgenommen werden, höher. Gemeindeoberhäuptern wird in ländlichen Orten mehr Vertrauen entgegengebracht als in städtischen Kommunen. (Siehe Kapitel 4.3 des Hauptberichts)

In Ostdeutschland ist das Institutionenvertrauen etwas geringer ausgeprägt. Das erklärt sich zum Teil dadurch, dass mehr Ostdeutsche das Gefühl haben, nicht zu bekommen, was ihnen »gerechterweise zusteht«, und Sorge haben, auf die Verliererseite des Lebens zu geraten. Ein weiterer Erklärungsfaktor ist die soziale Zusammensetzung der ostdeutschen Bevölkerung (niedrigeres Einkommensniveau). Somit sind die Beweggründe für wahrgenommene geringe Responsivität der Politik und geringeres Institutionenvertrauen identisch.

Eine wichtige Einflussgröße ist zudem, wie die wirtschaftliche Lage vor Ort und in Deutschland allgemein wahrgenommen wird. Wird diese gut bewertet, fällt das Institutionenvertrauen höher aus. Offenbar hängt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auch davon ab, welchen Eindruck sie von der Leistungsfähigkeit der jeweiligen staatlichen bzw. kommunalen Institution haben (die objektiv wiederum abhängig ist von deren finanzieller Ausstattung).

Abb. 7
Vertrauen in ausgewählte Kerninstitutionen der Demokratie
(Angaben in Prozent)



Populismus hat unter Parteianhängern einen klaren Schwerpunkt, streut jedoch über die Breite des Parteiensystems

Gemäß einer eingeführten Definition wird im Deutschland-Monitor 2023 unter Populismus ein ideologisch aufgeladenes Orientierungsmuster verstanden, in dem sich Antipluralismus, Distanz zu staatlichen Institutionen und ein Misstrauen gegenüber von »dem Volk« vorgeblich abgehobenen Eliten miteinander verbinden.

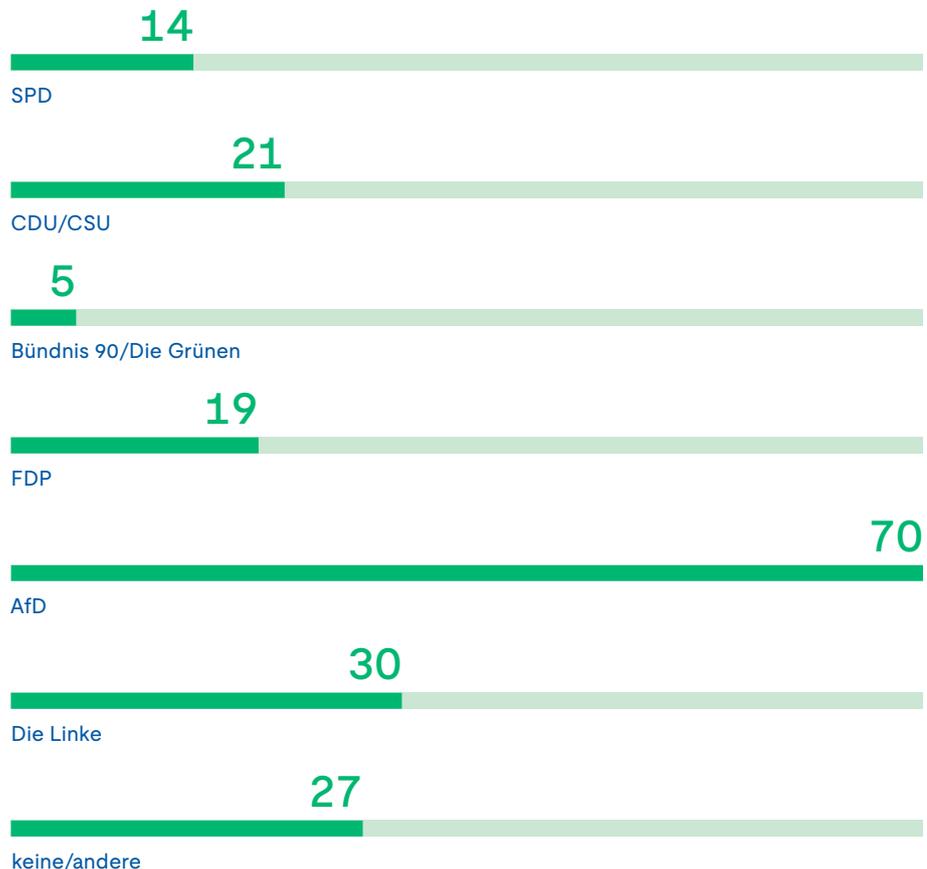
Die gegenwärtige Verbreitung populistischer Einstellungen wird im Deutschland-Monitor über die Zustimmung zu den oben genannten Dimensionen erhoben. Demzufolge hegt ein knappes Viertel der Befragten (24 Prozent) populistische Einstellungen, drei Viertel tun dies nicht. In Ostdeutschland (32 Prozent) sind populistische Einstellungen stärker verbreitet als in Westdeutschland (23 Prozent).

(Siehe Kapitel 4.5 des Hauptberichts)

Sowohl ländliche Regionen als auch Regionen mit geringer Prosperität weisen leicht erhöhte Anteile populistischer Einstellungen auf. Dies erklärt sich weniger durch die strukturelle Ausstattung der Regionen, sondern eher durch ihre soziale Zusammensetzung und ein stärker verbreitetes Gefühl des »Abgehängtseins«.

Unterteilt man die Befragten nach Parteienähe, so wird erkennbar, dass in der Anhängerschaft der AfD populistisch gesinnte Personen mit 70 Prozent klar dominieren. Doch finden sich populistische Einstellungen in unterschiedlicher Größenordnung über fast die gesamte Breite des Parteienspektrums (Abbildung 8).

Abb. 8
Populistische Einstellungen nach Parteienähe (Angaben in Prozent)



Die aktuelle Wiedervereinigungsbilanz aus ostdeutscher Sicht: Anzeichen einer Kehrtwende?

Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Ost- wie Westdeutschland verbindet die Wiedervereinigung mit mehr Vor- als Nachteilen für sich selbst und den jeweiligen Landesteil (Siehe Abbildung 9). Die persönliche Wiedervereinigungsbilanz fällt für Ostdeutsche (66 Prozent vorteilhaft) und Westdeutsche (63 Prozent vorteilhaft) kaum unterschiedlich aus. Befragte, die für sich persönlich mehr Nachteile sehen, sind in Ostdeutschland mit 14 Prozent etwas stärker vertreten als in Westdeutschland (9 Prozent).

Die Auswertung der regionalen Vertiefungserhebung des Deutschland-Monitors '23 zeigt, dass die höhere oder niedrigere Prosperität der jeweiligen Wohnregion keine Auswirkungen auf die persönliche und auf den eigenen Landesteil bezogene Wiedervereinigungsbilanz hat. Das deutet darauf hin, dass Ost- wie Westdeutsche die Deutsche Einheit losgelöst von ihren gegenwärtigen Lebenskontexten bewerten.

Abb. 9

Bewertung der Wiedervereinigung, Gesamtdarstellung für Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)

Ostdeutschland



Westdeutschland



- Nachteile überwiegen
- weder noch / hält sich die Waage (spontan)
- Vorteile überwiegen

Verglichen mit Daten einer im Jahr 2014 durchgeführten Erhebung ist in Ostdeutschland die positive Bewertung der Wiedervereinigung für den eigenen Landesteil von 70 Prozent auf 52 Prozent und für die eigene Person von 77 auf 66 Prozent gesunken. In Westdeutschland hingegen verharrt die positive Einheitsbewertung auf gleichbleibend hohem Niveau. Sowohl für sich persönlich als auch für den eigenen Landesteil sehen jeweils knapp zwei Drittel überwiegend Vorteile. Die statistische Auswertung zeigt, dass sowohl persönliche Prägungen als auch situationsbedingte Eindrücke die Bewertung der Wiedervereinigung beeinflussen. Die Daten des Deutschland-Monitors deuten darauf hin, dass der aktuell erkennbare Trendabbruch in Ostdeutschland auf eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik zurückzuführen ist, die im Laufe der 2010er Jahre gestiegen ist. (Siehe Kapitel 4.7 des Hauptberichts)

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Jörg Hebenstreit

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratiebil-
dung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

→ joerg.hebenstreit@uni-jena.de

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

→ everhard.holtmann@zsh.uni-halle.de

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

→ tobias.jaeck@zsh.uni-halle.de

Lynn-Malou Lutz, M.A.

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften,
Data and Research on Society

→ lynn-malou.lutz@gesis.org

Prof. Dr. Reinhard Pollak

Institut für Soziologie an der Universität Mannheim
und GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften,
Data and Research on Society

→ reinhard.pollak@gesis.org

Prof. Dr. Marion Reiser

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratiebil-
dung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

→ marion.reiser@uni-jena.de

Dr. Matthias Sand

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften,
Survey Design and Methodology

→ matthias.sand@gesis.org

Pierre Zissel, M.A.

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratiebil-
dung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

→ pierre.zissel@uni-jena.de

'23

Deutschland-Monitor

Gesellschaftliche und
politische Einstellungen

Themenschwerpunkt:
Stadt und Land

Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim

**Deutschland-Monitor '23
als PDF downloaden!**



**Deutschland-
Monitor '23**

1. Auflage,
Berlin, Halle (Saale), Jena
und Mannheim 2024

Herausgeber

Zentrum für Sozialforschung
Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg
Großer Berlin 14, 06108 Halle (Saale)

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Carl-Zeiß-Straße 3, 07743 Jena

GESIS – Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften
B6 4, 68159 Mannheim

Redaktion

Tobias Jaeck

Redaktionsschluss

Januar 2024

Gestaltung

4S, Berlin

Druck

Offizin Scheufele, Stuttgart

Die inhaltliche Verantwortung
für die Beiträge liegt bei
den Autorinnen und Autoren.

Gefördert durch:



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland